

→ AUF EINEN BLICK

Demokratievertrauen in Krisenzeiten

Volker Best, Frank Decker, Sandra Fischer, Anne Küppers

Wie blicken die Menschen in Deutschland
auf Politik, Institutionen und Gesellschaft?

DIE STUDIE AUF EINEN BLICK

WIE STEHT ES UM DAS DEMOKRATIEVERTRAUEN IN KRISENZEITEN?

Diese Frage hat die Friedrich-Ebert-Stiftung 2022/23 in einer großen empirischen Studie untersucht. Wir wollten wissen: Wie zufrieden sind die Deutschen mit dem Funktionieren der Demokratie? Wo sehen sie Schwächen und Verbesserungspotenziale? Wie blicken sie auf Demokratie und Gesellschaft? Wie bewerten sie einzelne Vorschläge für eine Reform der Demokratie?

Wir knüpfen damit an die Studie *Vertrauen in Demokratie* aus 2019 an. Die Demokratie ist in Deutschland populär. Zumindest als Idee – das bestätigen Umfragen regelmäßig. Aber 2019 lautete das besorgniserregende Ergebnis unserer Studie: Weniger als die Hälfte der Befragten war mit dem konkreten Funktionieren der Demokratie zufrieden.

Die gute Nachricht aus unserer aktuellen Studie 2023: Trotz Pandemie, Krieg, Klimakrise, Inflation ist die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie stabil.

Sie ist sogar leicht angestiegen. Fünf zentrale Ergebnisse:

- 1) Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie ist robust.
- 2) Die Werte bleiben allerdings niedrig.
- 3) Es gibt große regionale Unterschiede und zwischen den sozialen Gruppen.
- 4) Es gibt eine Sehnsucht nach einfachen Antworten: Die Zustimmung zur repräsentativen Demokratie sinkt.
- 5) Die Ergebnisse zeigen: Gute Demokratiepoltik bedeutet auch gerechte Verteilungspolitik.

Was muss getan werden? Lesen Sie fünf Thesen am Ende der Zusammenfassung!

Alina Fuchs und Jochen Dahm



GANZE
STUDIE



FILM: Zentrale
Ergebnisse und
Einordnung

Die gesamte Studie, den Podcast und den
Begleitfilm können Sie hier herunterladen:
→ www.fes.de/studie-vertrauen-in-demokratie

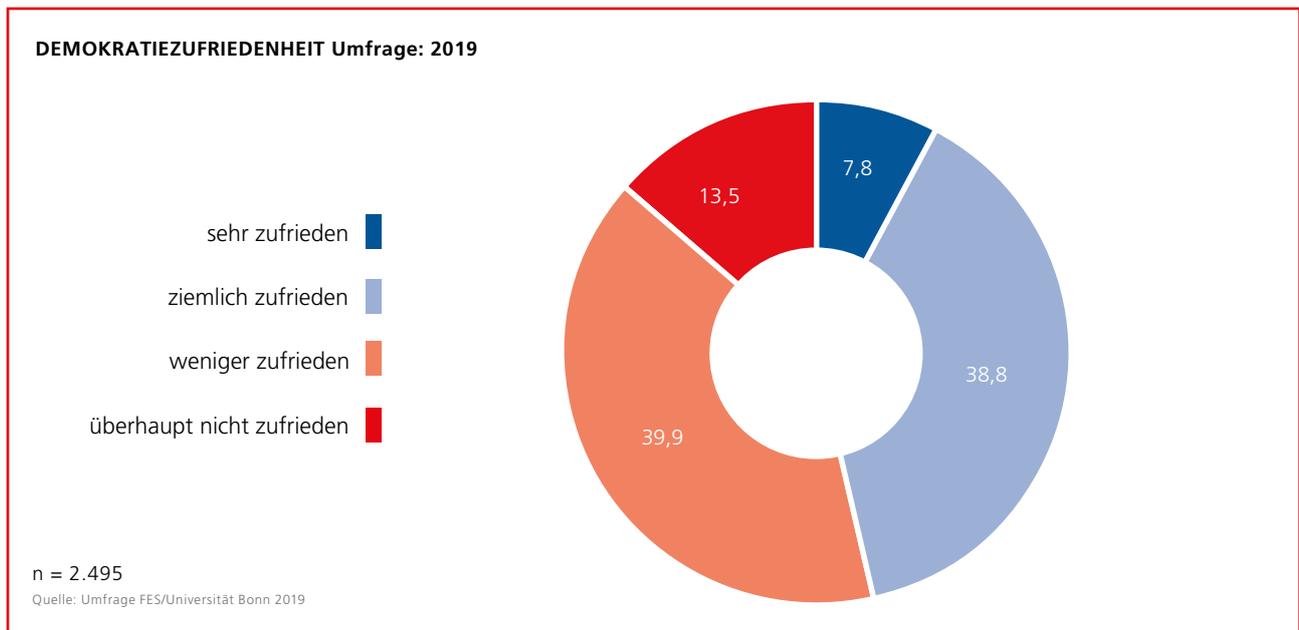
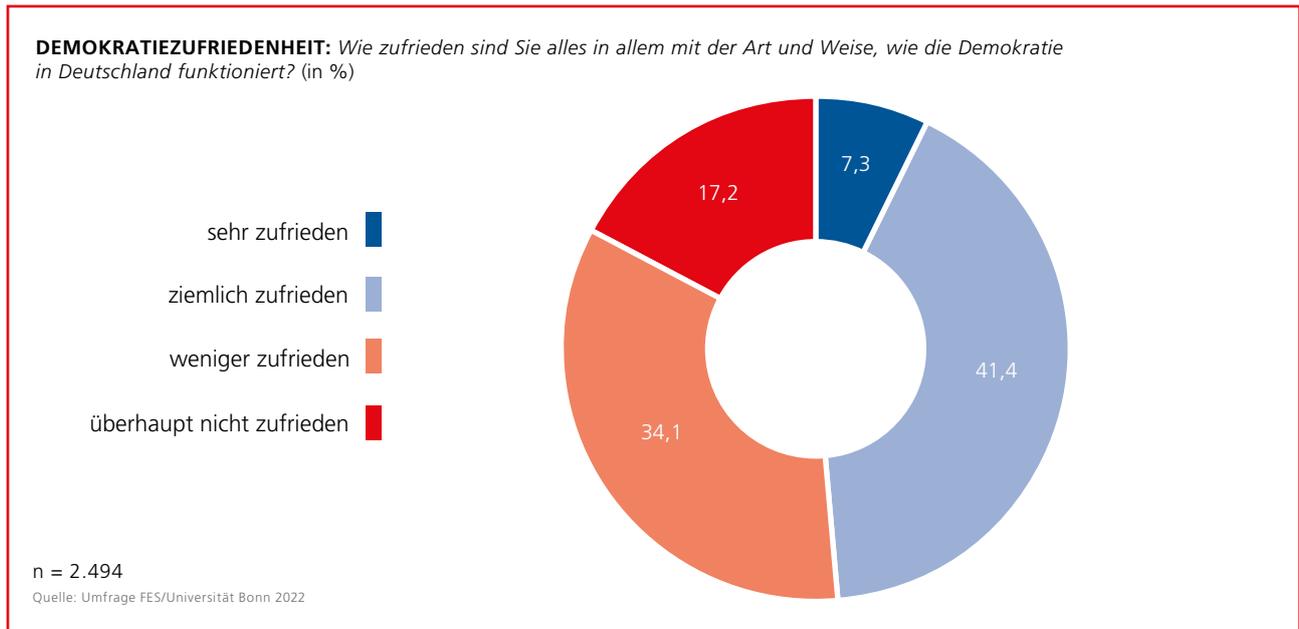
**FRIEDRICH
EBERT**

STIFTUNG

I ZENTRALE ERGEBNISSE

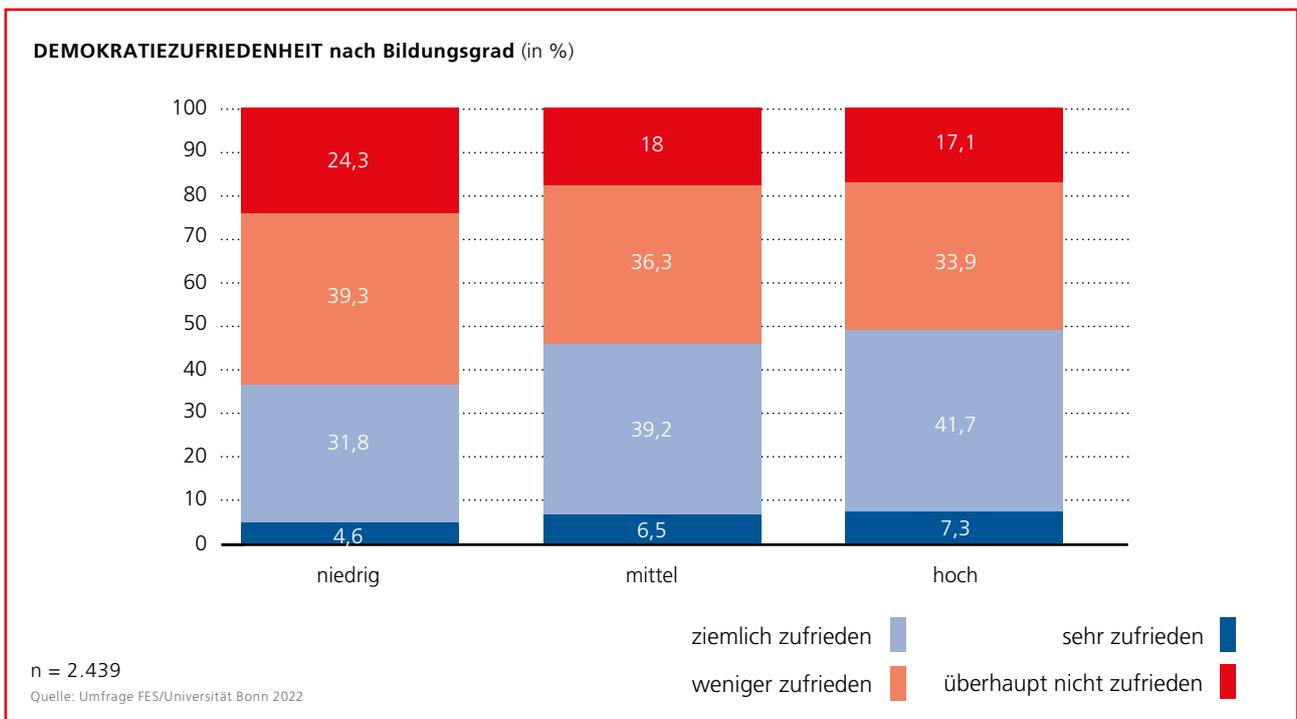
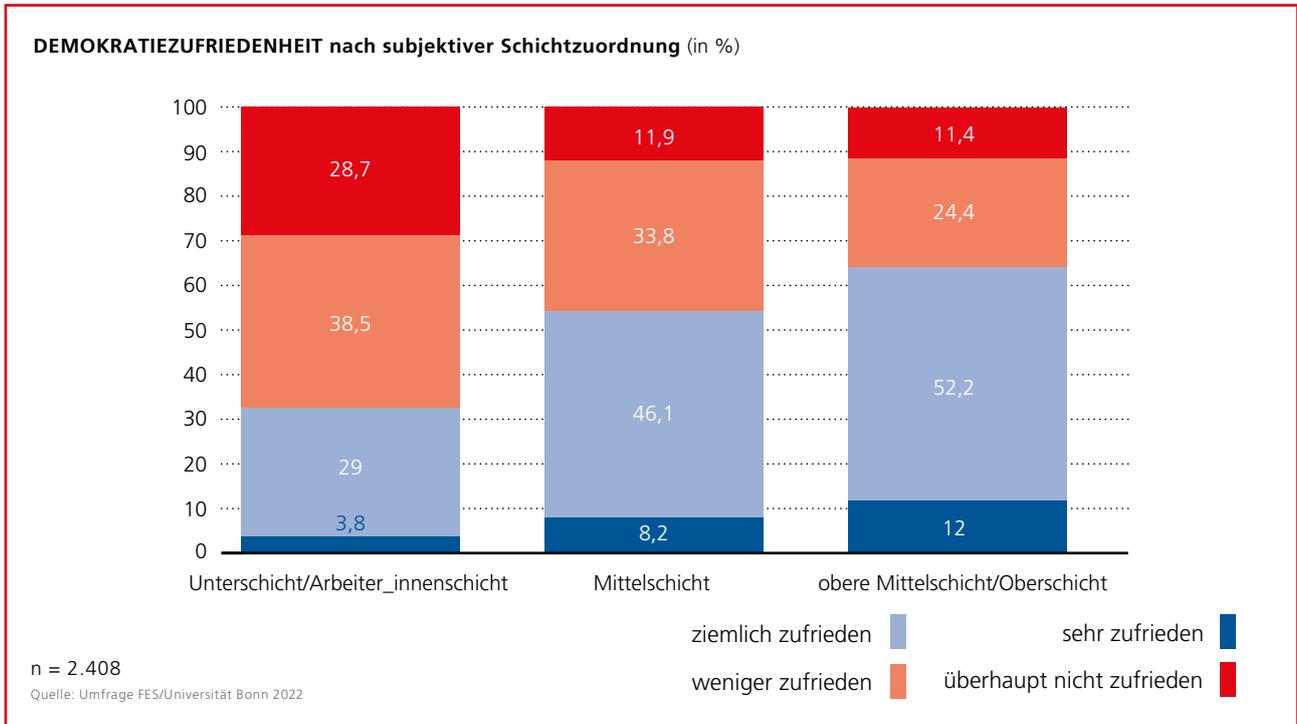
DIE ZUFRIEDENHEIT BLEIBT STABIL, ABER AUF NIEDRIGEM NIVEAU

Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie bleibt trotz multipler Krisen stabil und steigt sogar leicht um zwei Prozentpunkte im Vergleich zu 2019. Allerdings verharren die Zufriedenheitswerte weiterhin knapp unter 50 Prozent. Das heißt, mehr als die Hälfte der Menschen ist weniger oder überhaupt nicht zufrieden mit der Art und Weise, wie unsere Demokratie funktioniert.



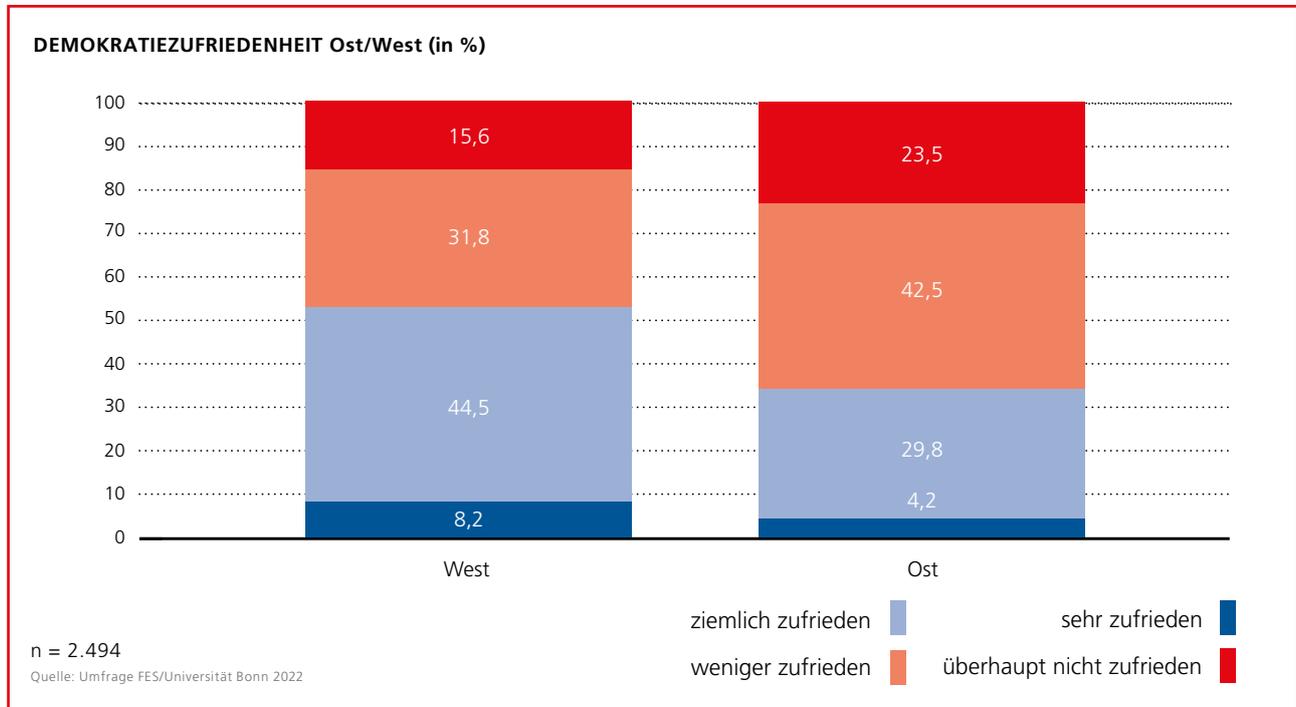
DIE ZUFRIEDENHEIT MIT DER DEMOKRATIE IST STARK ABHÄNGIG VON DER SOZIALEN LAGE UND VOM BILDUNGSGRAD

Menschen, denen es ökonomisch schlechter geht, die niedrigere Bildungsabschlüsse haben oder sich der Unter- oder Arbeiter_innenschicht zurechnen, sind deutlich unzufriedener. Auch Jüngere sind weniger zufrieden als 2019.



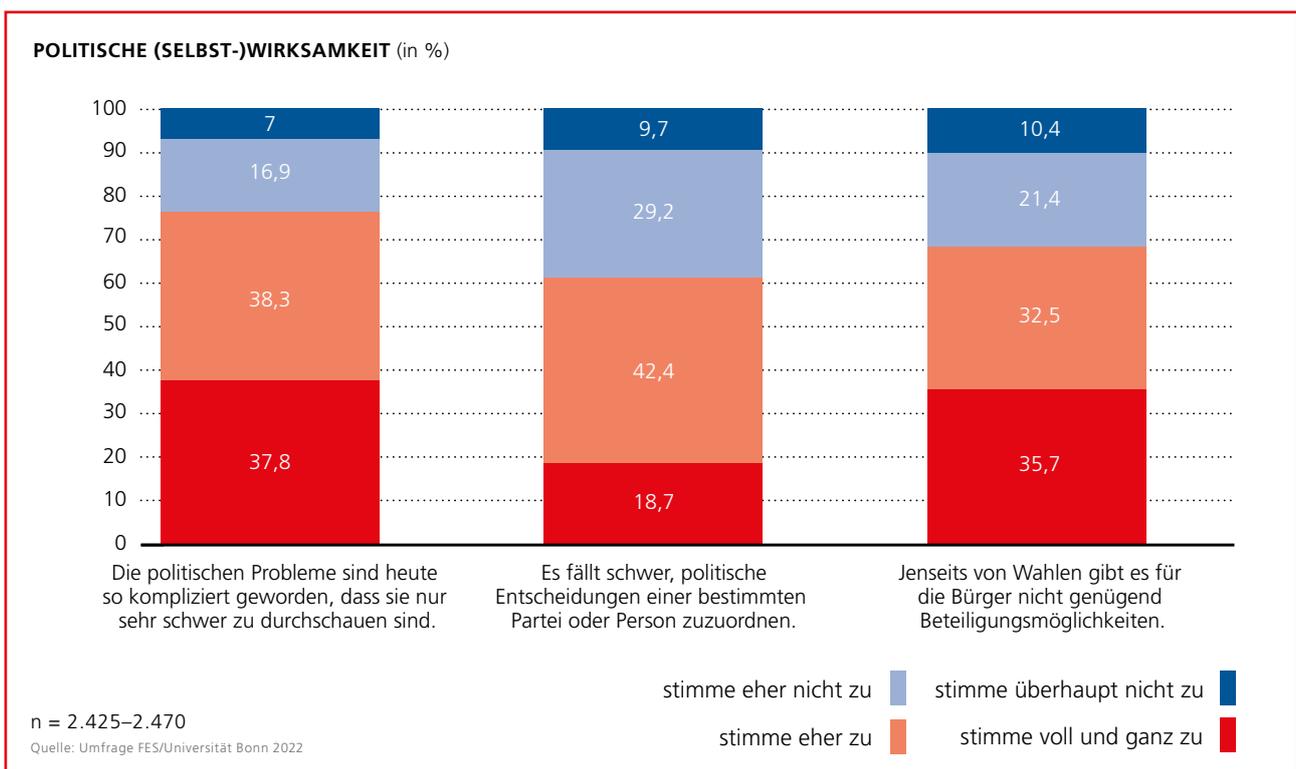
DIE SCHERE ZWISCHEN OST- UND WESTDEUTSCHLAND ÖFFNET SICH WEITER

Regionale Unterschiede haben sich gegenüber 2019 noch einmal verschärft. So ist etwa die Zufriedenheit im Westen um 2,5 Prozentpunkte gestiegen und hat im Osten um zwei Punkte abgenommen. In den alten Bundesländern ist nun gut die Hälfte, in den neuen Bundesländern nur noch ein Drittel der Menschen mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden.



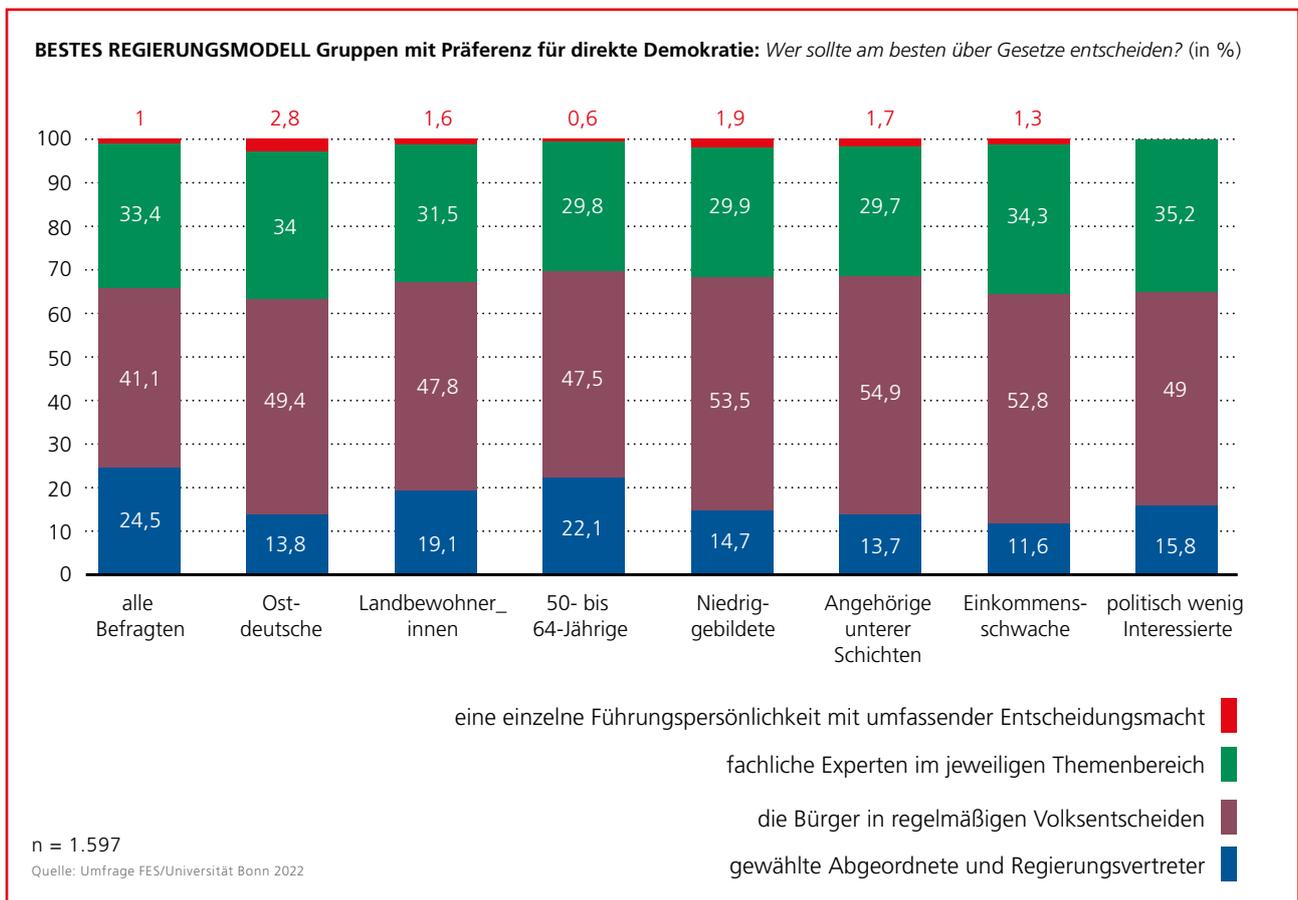
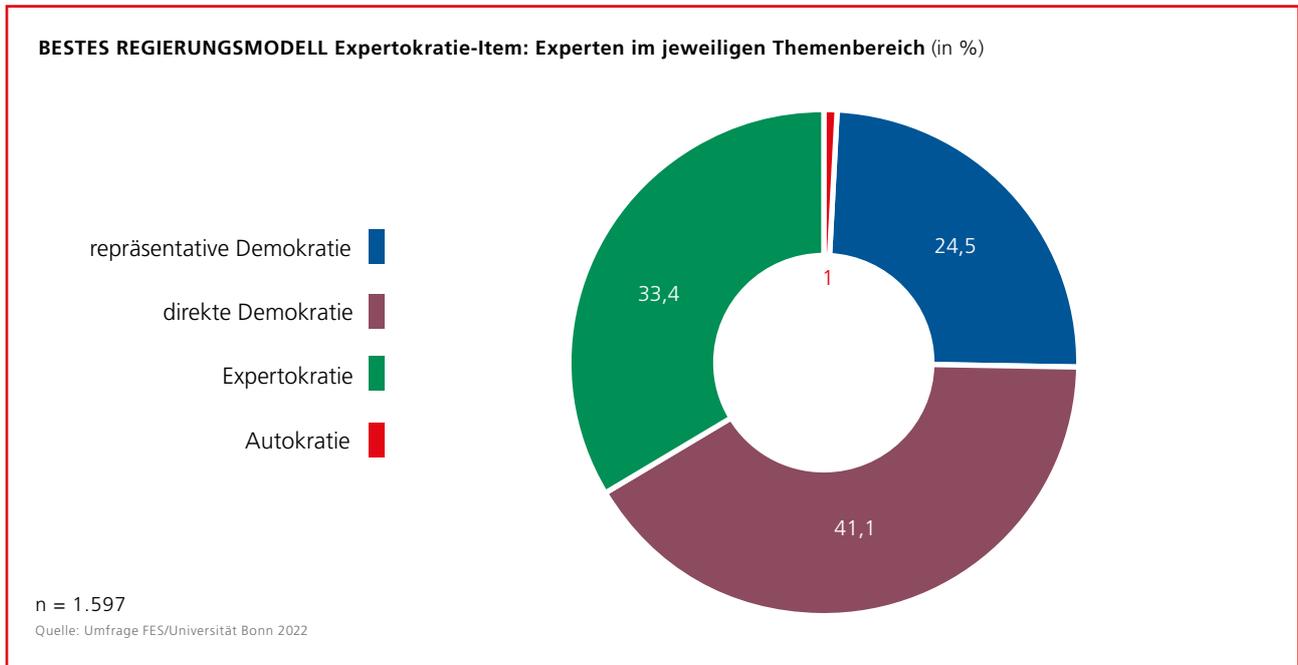
HOHE KOMPLEXITÄT ALS HERAUSFORDERUNG FÜR DIE DEMOKRATIE

Das sind Alarmsignale, die nicht ungehört bleiben dürfen. Demokratie muss für alle Menschen funktionieren. Dass das in Zeiten multipler Krisen nicht einfacher geworden ist, sehen auch die Befragten so. Mehr als drei von vier Befragten geben an, dass politische Probleme heute so kompliziert scheinen, dass sie schwer zu durchschauen sind. Gleichzeitig wünschen sich die Menschen mehr Beteiligungsmöglichkeiten.



SEHNSUCHT NACH EINFACHHEIT

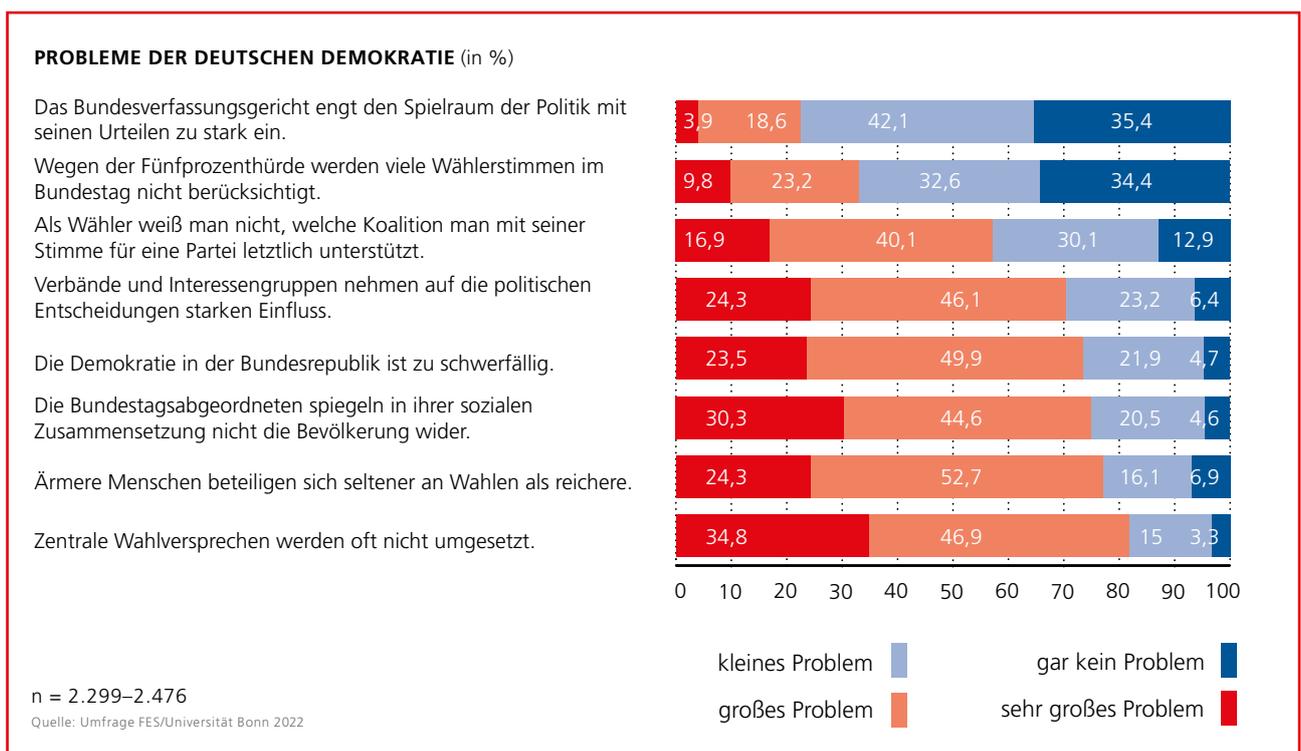
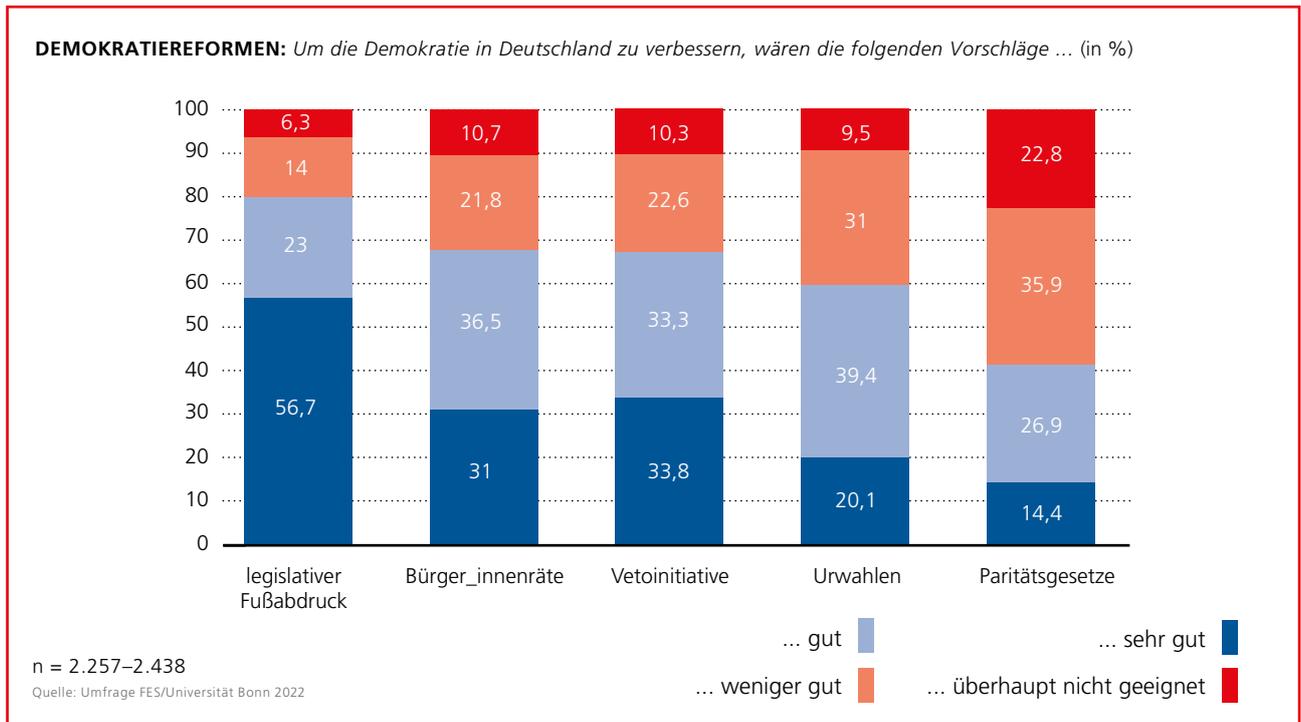
Parallel dazu scheint die Sehnsucht nach Einfachheit und vermeintlich klaren Antworten zu wachsen. Der Anteil derjenigen, die politische Entscheidungen Expert_innen überlassen wollen oder auf Ja/Nein-Entscheidungen in Volksabstimmungen setzen, ist deutlich gestiegen. Paradoxerweise werden beide Modelle gerade von denjenigen überproportional präferiert, die angeben, sich nicht für Politik zu interessieren.



DEMOKRATISCHE INNOVATIONEN – REPRÄSENTATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN

Die repräsentative Demokratie steht hier vor der Aufgabe, ihre Stärken – einen fairen Interessenausgleich und die Organisation von gesellschaftlichem Zusammenhalt – besser zur Geltung zu bringen und sich in diesem Sinne zu erneuern.

Demokratische Innovationen können hierzu einen Beitrag leisten: Instrumente wie ein beratender Bürger_innenrat oder ein legislativer „Fußabdruck“ erhalten von den Befragten hohe Zustimmungswerte.

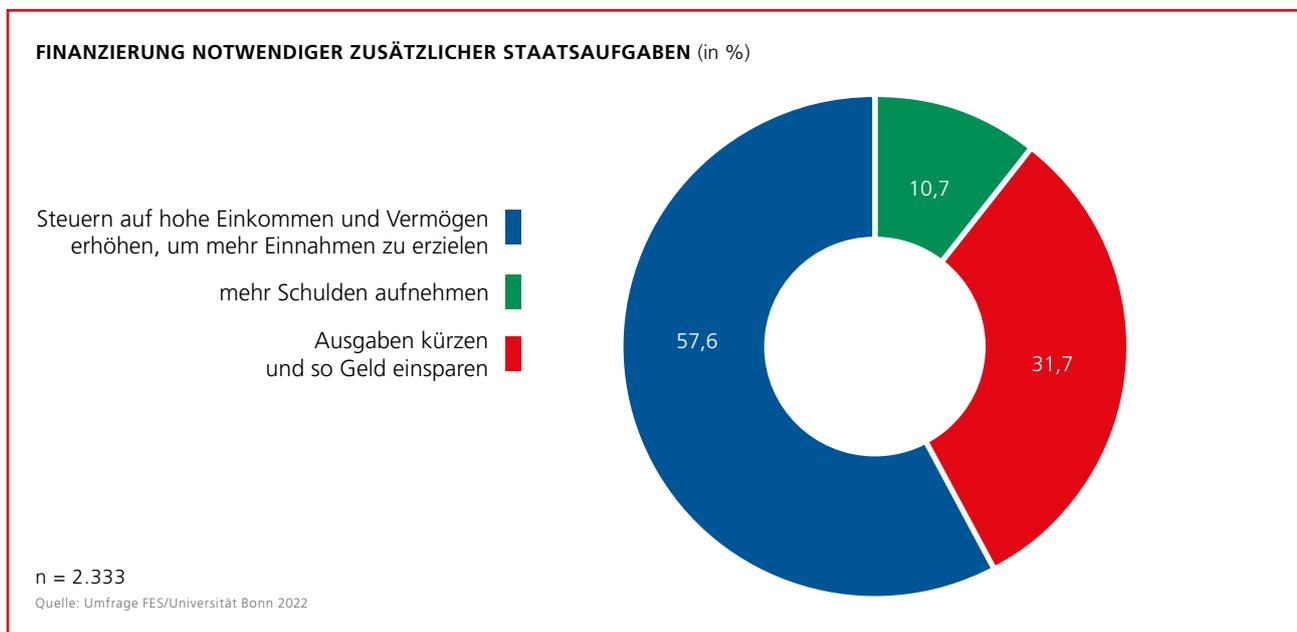


SOZIALE DEMOKRATIE – GERECHTE POLITIKERGEBNISSE ZÄHLEN

Das Vertrauen in die Demokratie hängt aber nicht nur vom „Wie“ der Entscheidungsfindung ab, es wird auch stark von der Wahrnehmung der Politikergebnisse beeinflusst.

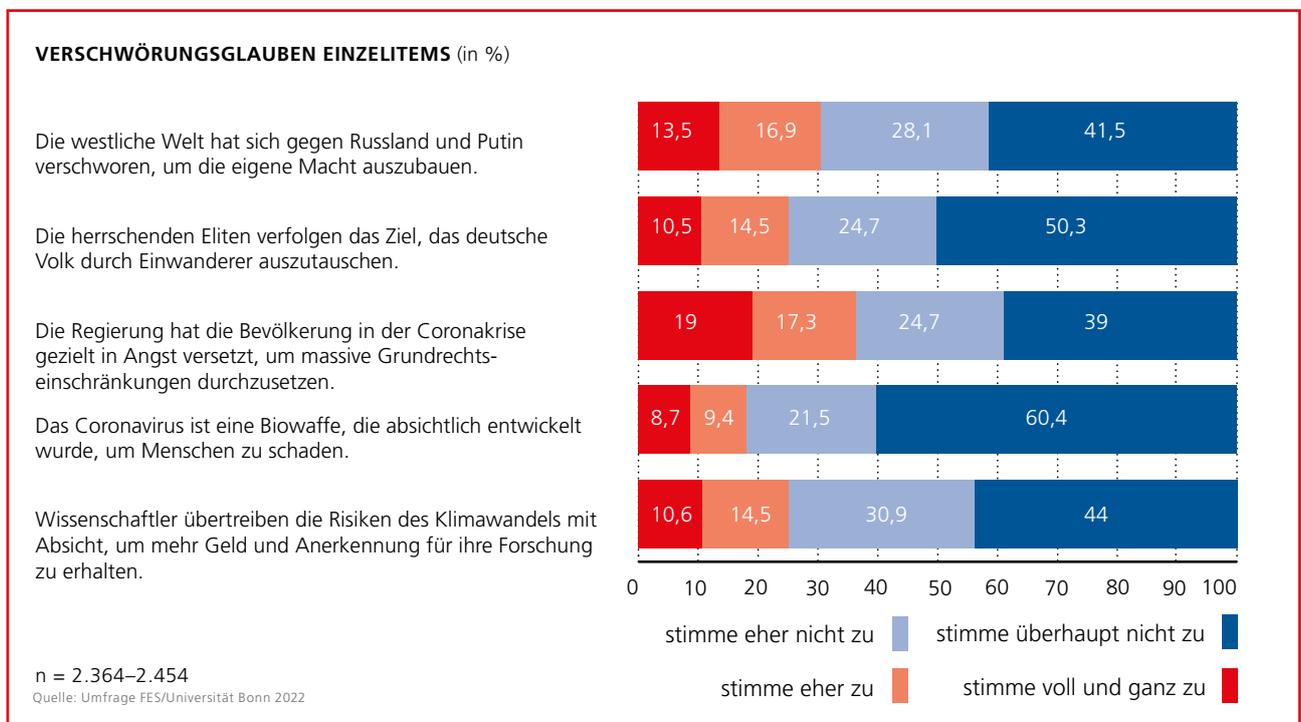
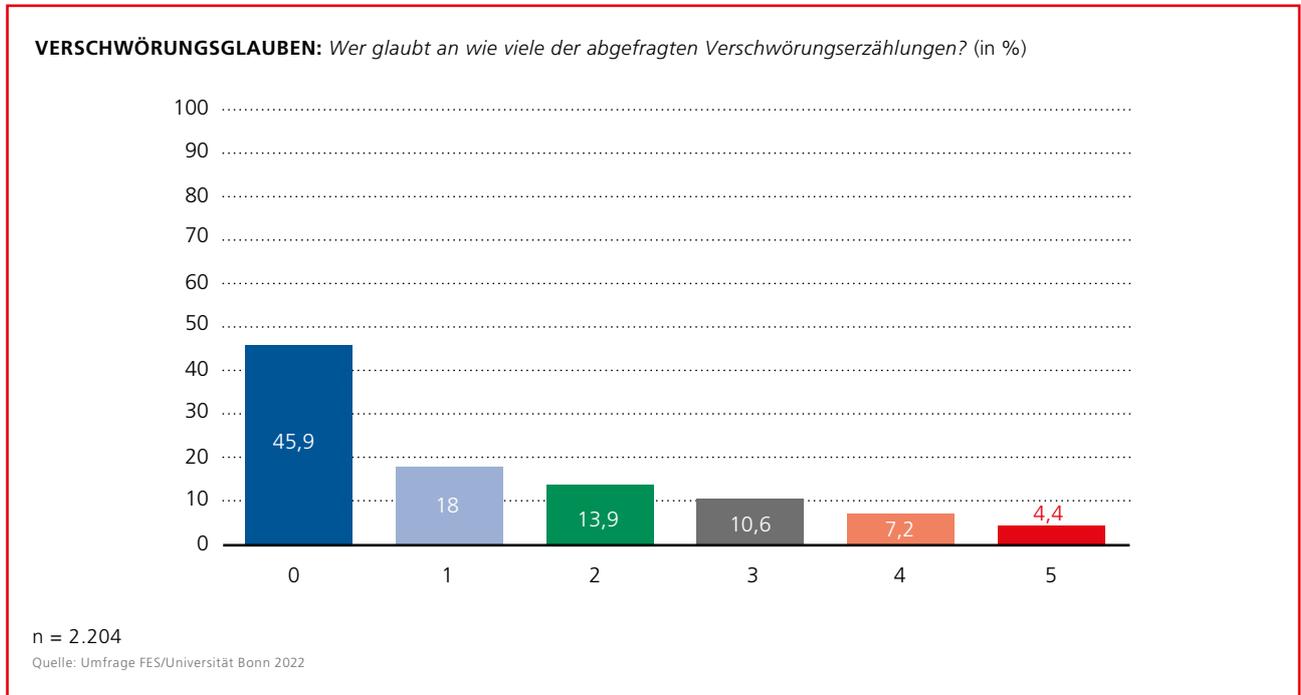
Fast immer sind diejenigen, denen es materiell gut geht, zufriedener und diejenigen, die finanziell unter Druck stehen, unzufriedener. Es liegt entsprechend nahe, dass eine Politik, die auf mehr Verteilungsgerechtigkeit und sozialen Ausgleich setzt, das Vertrauen in die Demokratie wieder steigern kann.

Befragungsergebnisse in unserer Studie – etwa zur Frage, wie Zukunftsausgaben finanziert werden können – deuten ebenfalls in diese Richtung. Eine deutliche Mehrheit spricht sich beispielsweise für höhere Steuern auf hohe Einkommen und Vermögen aus. Das macht deutlich: Eine gerechte Verteilungspolitik ist auch gute Demokratiepoltik. Eine wirkliche Demokratie kann nur eine Soziale Demokratie sein.



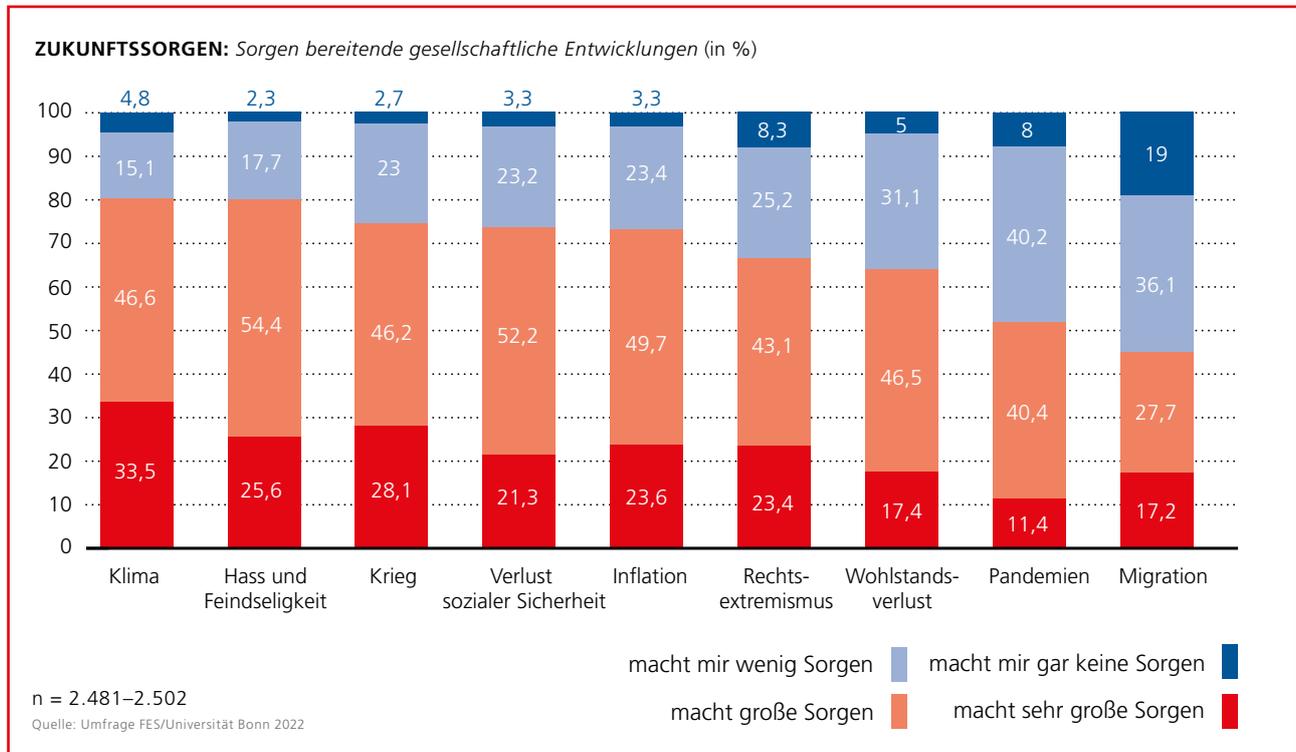
GEFAHR: VERSCHWÖRUNGSERZÄHLUNGEN

Eine weitere Gefahr für unsere Demokratie lässt sich aus unserer Studie ablesen: Verschwörungserzählungen finden gerade im rechten politischen Spektrum relativ hohe Zustimmung, was fast immer mit einer negativen Bewertung der Demokratie korreliert.



ZUKUNFTSSORGEN: RADIKALISIERUNG ALS GEFAHR

Die Radikalisierung bestimmter Teile der Gesellschaft birgt eine Gefahr für den Zusammenhalt und letztlich auch für die Demokratie, so wird das auch von den Befragten gesehen. Über mehr Feindseligkeit in der Gesellschaft sorgen sich 80 Prozent, mehr als zwei Drittel befürchten eine weitere Zunahme des Rechtsextremismus.



Diesen Themenkomplex leuchtet die neue „Mitte-Studie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung weiter aus, die am 21. September 2023 erschienen ist.

II SCHLUSSFOLGERUNGEN

KRISE DER DEMOKRATIE?

Demokratie ist kein Selbstläufer. Sie war weder immer da, noch bleibt sie von allein. Sie muss immer wieder erneuert, verteidigt und gelebt werden. Wie, darüber kann und muss konstruktiv gestritten werden.

Wir wollen mit unseren Studien ein Fundament für eine solche Diskussion schaffen. Eine Basis, auf der wir gemeinsam unsere Demokratie gestalten, verbessern und verteidigen können.

Unsere Antwort auf die Frage, ob sich die Demokratie in Deutschland in einer Krise befindet, lautet: Nein, die Demokratie in Deutschland ist robust. Sie muss sich derzeit in vielen und ungewöhnlichen Krisen bewähren. Das hat sie besser getan, als viele ihr das zugetraut hätten.

Aber klar ist auch: Gleiche Teilhabe für alle zu ermöglichen, in politischer und sozialer Hinsicht – dieses Ziel Sozialer Demokratie ist ungebrochen aktuell, aktueller denn je. Dies unter schwierigen Rahmenbedingungen immer wieder zu erneuern und mit Leben zu füllen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Es bedarf der gemeinsamen Anstrengung von Politik, demokratischer Zivilgesellschaft, Medien und politischer Bildung.

Wir befinden uns in keiner Krise der Demokratie, aber wir sollten auch nicht in eine hineingeraten. Dafür braucht es Verbesserungen bei der Art der Entscheidungsfindung und bei den Entscheidungen selbst, anders gesagt beim Input und Output des politischen Systems.

Zu einer Debatte, wie diese Verbesserungen aussehen könnten, wollen wir fünf Thesen beisteuern – ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

1) Mehr Transparenz schaffen – im doppelten Sinne

Die repräsentative Demokratie muss um neues Vertrauen werben. Dafür kann mehr Transparenz einen wichtigen Beitrag leisten. Einerseits im Sinne von Instrumenten wie einem legislativen Fußabdruck und engen Lobby-Regeln. Andererseits sollte Transparenz auch bedeuten, dass Politik deutlich macht, unter welchen Bedingungen und mit welchen Grenzen politisch gehandelt werden kann. Das kann auch helfen, Populismus den Boden zu entziehen.

2) Falschnachrichten entgegentreten

Daran setzt der konsequente Schutz des politischen Diskurses an. In einem Umfeld von Falschmeldungen und fragmentierter Öffentlichkeit wird das konstruktive Ringen um beste politische Lösungen kaum gelingen. Wo immer es geht, muss Falschmeldungen aktiv entgegentreten werden. Durch Aufklärung in Form politischer Bildung, in öffentlich-rechtlichen und Qualitätsmedien, aber auch indem geschlossene Diskursräume reguliert werden. Auch dafür gibt es in unserer Studie hohe Zustimmung.

3) Deskriptive Repräsentation verbessern

Studien belegen eindeutig: Es ist nicht egal, wer über Gesetze entscheidet. Ein Parlament wird nie 1:1 ein Abbild der Bevölkerung sein können – wo wollte man die Grenzen ziehen? Aber klar ist auch: In Bezug auf die Vielfalt an Altersgruppen, Menschen unterschiedlicher Herkunft, Geschlecht und Berufe gibt es in unseren Parlamenten viel Luft nach oben. Die Parteien sind hier zuallererst gefordert, aber der Gesetzgeber sollte den Versuch nicht aufgeben, zumindest grundlegende Fragen wie die Geschlechterparität in den Parlamenten zu befördern. Die FES hat dazu mit der *Paritätsstudie* im November 2023 einen Vorschlag vorgelegt. <https://www.fes.de/themenportal-gender-jugend/gender>

4) Beteiligung jenseits von Wahlen

Unsere Studie zeigt deutlich: Eine große Mehrheit wünscht sich Beteiligung jenseits von Wahlen. Die Parteien sind dafür ein zentraler politischer Ort – grundgesetzlich geschützt. Aber auch darüber hinaus ist es geboten, neue Räume der politischen Debatte zu schaffen. Sei es in Form von Bürger_innenforen – dafür hat die Friedrich-Ebert-Stiftung für die Bundesebene einen Vorschlag vorgelegt – oder mit kommunalen Entwicklungsbeiräten. Wichtig ist, dass es sie gibt: die Orte, an denen konstruktiv um beste politische Lösungen gerungen wird und die ausstrahlen. Auch die Schule und der Betrieb können und sollten hier eine Vorbildfunktion einnehmen.

5) Gebot der Stunde: mehr Verteilungsgerechtigkeit

Das Wie, also wie Entscheidungen gefällt werden, ist wichtig – gerade in der Demokratie. Aber unsere Studie zeigt auch deutlich: Es geht auch um das Was! Man kann es so zusammenfassen: Es scheint, dass viele Menschen mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden sind, weil sie auch mit den Politikergebnissen unzufrieden sind.

Viele dürften den Eindruck haben, dass Politik in den letzten Jahrzehnten ihren Alltag nicht oder nicht ausreichend verbessert hat. Da ist was dran – muss man zugeben, wenn man etwa auf die Entwicklung der Ungleichheit in Deutschland blickt.

Es gibt Erfolge im Sinne einer Sozialen Demokratie – etwa die Einführung des Mindestlohnes von 12 Euro oder die Sicherung des Rentenniveaus. Aber besonders in der Finanz- und Steuerpolitik haben es progressive Ideen noch immer schwer. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat für den Bereich der Erbschaftssteuer im Detail ausgearbeitet, wie Reformen zu mehr Verteilungsgerechtigkeit führen können und sollten.

<https://www.fes.de/finanzpolitik>

Auch hier mag man über das Für und Wider einzelner Vorschläge trefflich streiten. Aber eines muss klar sein: Wenn der Abstand zwischen Arm und Reich stetig wächst, die Chancen und Möglichkeiten des und der Einzelnen sich je nach Herkunft immer mehr verengen, ist das eine Verletzung des demokratischen Gesellschaftsvertrags. Demokratie ist die Herrschaft der vielen, aber auch für die vielen.

METHODIK

Die Studie basiert auf einer repräsentativen Befragung von wahlberechtigten Deutschen ab 18 Jahren in Privathaushalten. Die Umfrage fand als Mixed-Mode-Befragung statt (computergestützte Telefonumfrage [CATI] plus Online-Umfrage). Für die telefonische Befragung wurden 60 Prozent Festnetz- und 40 Prozent Mobilfunknummern angerufen.

Die repräsentative Zufallsstichprobe umfasst 2.536 Befragte (1.658 Telefoninterviews und 878 Online-Interviews). Der Erhebungszeitraum dauerte vom 11. Juli bis zum 9. August 2022. Durchgeführt wurde die Befragung vom Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap unter Leitung von Roberto Heinrich und Nico Siegel.

Volker Best, Frank Decker, Sandra Fischer, Anne Küppers,
Demokratievertrauen in Krisenzeiten: Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft?
Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Politische Bildung und Dialog,
Referat Demokratie, Gesellschaft & Innovation,
Bonn 2023

Kontakt:

Jochen Dahm und Alina Fuchs
Referat Demokratie, Gesellschaft & Innovation
Friedrich-Ebert-Stiftung
E-Mail: dgi@fes.de

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
Deutschland

E-Mail: info@fes.de

Herausgebende Abteilung: Abteilung Politische Bildung und Dialog –
Referat Demokratie, Gesellschaft & Innovation

Inhaltliche Verantwortung und Redaktion:
Jochen Dahm und Alina Fuchs

Kontakt/Bestellung: dgi@fes.de

Titelmotiv: © Originalfoto: Jörg Farys / Bearbeitung: Daniela Rusch
Gestaltung: Daniela Rusch, www.dieprojektoren.de
Druck: Druckerei Brandt

Gedruckt auf RecyStar Polar (100 Prozent Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Blauen Engel).

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die FES fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:

- politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft
- Politikberatung
- internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern
- Begabtenförderung
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a. Archiv und Bibliothek